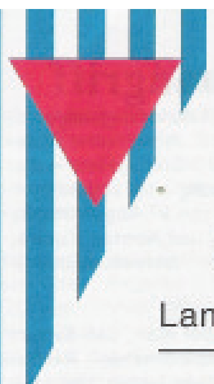


DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

März 03/1998

Einladung zur Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen e.V.

am Samstag, den 21. März 1998, um 15:00 Uhr in der Begegnungsstätte Haferkamp.

Mitgliedsbücher bitte mitbringen!

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Beschlußfähigkeit
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Arbeitsbericht des Landesvorstands
4. Diskussion geplanter Aktivitäten für das Jahr 1998
5. Änderung der Satzung, Veränderung im Namen der Organisation
6. Anträge, Beschlußfassung
7. Schlußwort

Zu TOP 5 gibt es einen Antrag auf Erweiterung des Namens der Organisation. Im Wortlaut: "Punkt 1 der Satzung von 1991 (Name und Sitz der Vereinigung) soll lauten:
'Die Vereinigung führt den Namen "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten", abgekürzt "VVN-BdA", Landesvereinigung Bremen e.V.'
Der weitere Text wird entsprechend geändert." Dies betrifft die §§ 2 (6), (8), (10), (12), § 3 (1), § 6 (1), § 8 (4)

Gäste sind selbstverständlich ebenfalls herzlich eingeladen.

Der Landesvorstand

Achtung Terminänderung!!!

Das VVN-Seminar

Krisenerscheinung „Innere Sicherheit" oder Wer nicht paßt, muß in den Knast!

findet am Samstag, den 14. März, im Büro der VVN-BdA von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr statt.

Es geht um Fragen wie:

- Was bedeutet der Begriff „Innere Sicherheit"?
- Wie sieht Kanthers und Borttschellers Vorbild 'New Yorker - Modell' aus?
- Wie sieht die Gesetzeslage und die tägliche Praxis der Staatsorgane aus?
- Wie ist die besondere Situation für die Bremer, die keinen deutschen Paß besitzen? (Dazu wird ein Vertreter des Antirassismusbüros kommen)
- Was sagen die Parteien dazu?
- Was können wir dem entgegensetzen?

Sinti und Roma

Am 08./09.03.1943 wurden 275 Sinti und Roma aus Bremen und Umzu am Reichsbahngelände nahe dem Schlachthof „gesammelt" und nach Auschwitz deportiert, mindestens 175 von ihnen innerhalb kürzester Zeit ermordet. Ein Überlebender:
„Polizei holte uns alle, meine Eltern und uns acht Geschwister (...) Sie brachten uns zur Wache 9 in Bremen-Walle. Dort wurde uns alles, was wir an Wertsachen besaßen, genommen."

Das Mahnmal steht in der Nähe des heutigen Kulturzentrums „Schlachthof" im Gedenken der über 500.000 Sinti und Roma, die das Naziregime vernichtete.

Doch auch heute noch werden sie diskriminiert.



Attacke auf VVN-Büro

Am frühen 13. Februar beklebten Stiefelnazis das Schaufenster der VVN-BdA mit neonazistischen Flugblättern. Nachbarn benachrichtigten die Polizei und bekundeten ihre Solidarität. Die Skins konnten unerkannt entkommen. Auf den Pamphleten wurde auf die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Februar '45 „hingewiesen". Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli '44 eröffneten die Westalliierten eine Offensive gegen deutsche Städte. Eine der ersten Städte, auf die die Bomben fielen, war Bremen. Wer den Krieg anzettelte, haben die Stiefelnazis nicht erwähnt: Ein Beweis für fehlende Geschichtskenntnisse.

BAF-Redaktion

Nein zum Lauschangriff

Henning Scherf hat inkonsequent gehandelt. Von seinem - von breiten Öffentlichkeit und der Mehrheit seines Landesvorstandes unterstützten - "Nein" zum Großen Lauschangriff stieg er auf einen fragwürdigen Kompromiß um.

Was immer ihn dazu bewog, die Angst vor dem Bruch der Koalition mit der CDU in Bremen oder mit anderen Worten gesagt, er hat die Chance vertan, eine zutiefst undemokratische Verfassungsänderung zu verhindern. Herbe Enttäuschung bei allen Gegnern des Lauschangriffs sind daher verständlich.

Wir übersehen dabei keineswegs, daß Scherfs Haltung in den letzten Wochen wesentlich dazu beitrug, eine bis dahin in dieser Frage weitgehend 'schlafende' Öffentlichkeit zu mobilisieren; daß das Inkrafttreten des Lauschangriffs verzögert wurde und möglicherweise sogar eine Vertagung der Verabschiedung der Ausführungsgesetze bis nach der Bundestagswahl erfolgt; und daß die Nachbesserung, wenn sie denn gelingt und tatsächlich Ärzte, Rechtsanwälte und Journalisten in den Schutz davor einbezieht, gewiß keine unbedeutende Sache ist. Den Scharfmachern in CDU/CSU, den Herrn Kanther, Stoiber, Teufel und anderen paßt das gar nicht in den Kram, das beweist ihre wütende Reaktion.

Das wollen wir bei aller Kritik nicht aus den Augen verlieren. Vor den Demokraten, Antifaschisten und Sozialisten unserer Stadt stehen neue Herausforderungen, so z.B. der provokative Versuch der CDU, ein öffentliches Gelöbnis mit jungen Bundeswehrsoldaten auf dem Marktplatz abhalten zu lassen.

Die VVN-BdA wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um das gemeinsam mit möglichst vielen demokratischen Organisationen und Institutionen zu verhindern. Dabei wenden wir uns auch an die Sozialdemokraten einschließlich Bürgermeister Scherf: Den Rühes und Neumanns, den Borttschellers und Neumeyers muß und kann die Suppe versalzen werden, wie schon seinerzeit im Kampf um die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht".

BAF-Redaktion

Noch-Artikel 13 GG - Unverletzlichkeit der Wohnung

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet werden und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze Jugendlicher vorgenommen werden.

Noch ist dies der gültige Inhalt des Artikel 13 Grundgesetz. Schon so war vieles möglich und ist sicher voll ausgeschöpft worden.

Was jetzt noch fehlt ist die Wanze im Blumenstrauß und das Richtmikrofon unterm Ehebett zur endgültigen Beglükkung unserer Justiz und Politik. Mit anderen Worten: dienstlich angeordneter Voyeurismus. Falls ein kleiner Steuerbetrüger oder ein „linker Staatsfeind" belauscht wird, freut sich Herr Kanther. Sollte etwa ein Rechter „erwischt" worden sein, hat ja vielleicht ein Ufo das Band gestört.

Gerold

Lauschangriff

Die Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten haben am 16. Januar einer Änderung des Artikels 13 Grundgesetz in der bestehenden Fassung nicht zugestimmt. In einer Erklärung von 97 Abgeordneten, darunter **Ilse Janz** und **Konrad Kunick**, zur elektronischen Wohnraumüberwachung heißt es:

"(...) Wir wissen aber auch, daß es zum Wesen des demokratischen Rechtsstaates gehört., einen letzten unantastbaren Bereich der Privatsphäre zu schützen und zu gewährleisten, daß vertrauliche Gespräche im engsten Familienkreis und mit Vertrauenspersonen, die entweder einer gesetzlichen Schweigepflicht unterliegen oder sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen können, eines absoluten Schutzes bedürfen. (...) Nur dann, wenn dieser absolute Vertrauensschutz gewährleistet ist, kann erwartet werden, daß rat- und hilfesuchende Menschen sich ihren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern auch rückhaltlos offenbaren. (...) Wenn auch nur entfernt die Möglichkeit im Raum steht, daß diese Gespräche abgehört und aufgezeichnet werden könnten und erst später ein Gericht darüber befindet, ob sie einer anderweitigen Verwertung zugänglich gemacht werden oder nicht, ist diesen Gesprächen ihre wichtigste Grundlage, der Vertrauensschutz, entzogen. (...) die Gefahr besteht, daß eine Vielzahl völlig unbeteiligter Menschen durch diese Abhörmaßnahmen in Mitleidenschaft gezogen wird (...)

Neofaschismus-Ausstellung ist verfügbar

Gruppen und Institutionen, die über eigene Räumlichkeiten verfügen, empfehlen wir hier noch einmal unsere Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland", die die VVN-BdA gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg erstellt hat.

Die Ausstellung gibt einen Überblick über neofaschistische Ideologie und Organisierung, Hintergründe und Zusammenhänge neofaschistischer Gewalt sowie über Möglichkeiten antifaschistischer Gegenwehr. Sie richtet sich an die Allgemeinheit, ist jedoch besonders auf Jugendliche und junge Erwachsene hin konzipiert.

Gezeigt wurde die Ausstellung seit Ende 1995 in zahlreichen Rathäusern, Volkshochschulen, Bürgerhäusern und ähnlichen Einrichtungen in der ganzen Bundesrepublik, in Bremen bisher leider nur vereinzelt.

Die Ausstellung besteht aus 24 Tafeln (DIN A1) in stabilen Leichtmetall-Stellrahmen. Montage und Transport sind sehr einfach und können nach Absprache auch von uns bewerkstelligt werden.

Von ihrem Umfang her ist die Ausstellung besonders für kleinere Räumlichkeiten, Foyers und Eingangsbereiche geeignet.

Gerne stellen wir zur Einführung und Begleitung Gesprächspartner zur Verfügung und vermitteln, falls an einzelnen Themen besonderes Interesse besteht, Referenten oder Zeitzeugengespräche mit Verfolgten des Naziregimes.

Wer sich ein genaueres Bild verschaffen möchte, kann im Büro eine Sammlung von Presseberichten aus bisherigen Ausstellungsorten erhalten. Auch den Ausstellungskatalog (DIN A4) kann man dort einsehen oder für 12,- DM erwerben. Wir verweisen darauf, daß für Seminare und Unterricht auch eine Version in DIN A 3 erhältlich ist.

Der Landesvorstand

Aus den Reden zum Gedenken an die Opfer der Niederschlagung der Bremer Räterepublik am 8.2.1998. Die vollständigen Texte sind im Büro erhältlich.

„Immer wieder neu anfangen“

„Seit 1993 lebe ich in Bremen. In den letzten Jahren bin ich hier dabei gewesen, weil mir dieser besondere Abschnitt bremischer Geschichte wichtiger wurde, weil ich neugierig war auf das, was damals geschah, was die Menschen damals antrieb und bewegte, was heute dazu zu sagen ist. Aber ich muß bekennen, ich wußte darüber wenig.

Erst seit der liebe Willy mich mit seiner hartnäckigen Freundlichkeit dazu gebracht hat, hier heute etwas zu sagen, und mich so gezwungen hat, tiefer in diese Geschichte einzusteigen, habe ich gefunden, wie dramatisch, widersprüchlich, kompliziert die Ereignisse 1918/19 hier in Bremen waren, wieviel man darüber nachlesen kann, wieviel Hoffnung, Mut, Idealismus, Einsatzbereitschaft, Aufbruchstimmung, aber auch Enttäuschung, Leid, Trauer, und eben auch Uneinigkeit, Halbherzigkeit, Selbstüberschätzung, Unaufrichtigkeit sich in diesen wenigen Tagen und Wochen zusammengeballt haben. (...) Ich habe an der Geschichte der Räterepublik in Bremen bestätigt gefunden, daß es für die Inhaber der alten Macht um so leichter ist sich zu behaupten, je uneiniger die Kräfte sind, die für die Rechte und Interessen der arbeitenden Menschen eintreten. Wie anders könnten die Machtverhältnisse heute in unserem Land sein, wenn es zu einer tragfähigen aktiven Solidarität der vielen, die Arbeit haben, mit den Millionen Arbeitslosen käme. (...)

Das ist heute meine Empfindung oft auch, und wohl nicht nur bei mir, die Empfindung von Hilflosigkeit, Machtlosigkeit, Hohn, Erniedrigung, wenn ich wahrnehme, was in unserem Lande vorgeht, worüber jeden Tag berichtet wird. (...) Diese Wirklichkeit entfernt sich zunehmend von der Gesellschaft, wie ich sie mir wünsche und vorstelle, einem Land, einer Stadt, in denen alle Bürger frei, friedlich und in Gerechtigkeit leben können, also – Hilflosigkeit? Mutlosigkeit? Resignation? Nein, in unserem Peter Weiss-Text sagt der Sohn zum Schluß zum Vater: „Es konnte ihm in diesem Augenblick keine Genugtuung sein, daß ich die Möglichkeiten zum Neuanfang vor mir sah.“

Der Sohn sieht für sich einen Neuanfang. Das ist die Aufforderung auch an uns: Immer wieder neu anfangen, mutig widerstehen, solidarisch zusammenhalten, für eine gerechte Gesellschaft kämpfen. Das ist die Aufforderung vor diesem Denkmal, das ist die Mahnung dieser Toten.“

Horst von Hassel

„Erinnernungsfeiern nicht ohne Gegenwartsbezüge“

„Der Kalender ist voll von nationalen und internationalen Daten, die ein Erinnern für die Zukunft erleichtern und Kontinuitäten und verantwortungsbewußtes Gegenwartshandeln erbringen könnten. Darum werde ich den Verdacht nicht los, daß staatlich festgelegte Gedenktage so etwas wie das erinnernde Vergessen in sich bergen. Es sind Pflichtveranstaltungen. Man hat sie zu begehen. Sie gehören zum staatstragenden Jahresrhythmus dazu wie die Gelöbnisfeiern und Volkstrauertage mit Kranzniederlegungen.



Hat mal jemand darüber nachgedacht, was er empfindet oder in ihm vorgeht, wenn nach der großen Gedenkfeier zur Reichspogromnacht, wo u.a. der Judenverfolgung gedacht wird (eine große Rathausfeier), am 10. November in der Presse mitgeteilt wird, daß ein Asylsuchender vor Verfolgungsangst in den Tod gesprungen ist?

Oder: Gehört nicht die sehr gute Rede des Bürgermeisters Perschau, die er am 27. Januar dieses Jahres im Rathaus gehalten hat, tags darauf zur geflissentlichen Beachtung auf den Schreibtisch seines Amtskollegen aus dem Innenressort? Aber es handelte sich ja um einen staatstragenden Gedenktag und nicht um einen, der zu revoltierendem Gegenwartshandeln anregen sollte. (...)

Ich möchte daher einen großen Unterschied machen zwischen Gedenktagen und -feiern, die von Menschen begangen oder gestaltet werden, die sich mit einem solchen Ereignis immer wieder bewußt machen, warum die Neu- und Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Gunsten der benachteiligten Bevölkerungsgruppen gescheitert sind. Auch: Wer diese Prozesse im Keim erstickte und nicht zurückschreckte, militärische Gewalt dafür zu mobilisieren - mit all den Folgen. (...) Ich stelle mir manchmal vor: An jedem Schultag lernen die Kinder die Kalenderblätter lesen und nehmen zur Kenntnis, was in einem Friedenskalender, einem Frauenkalender, einem Anti-AKW-Kalender kleingedruckt zu finden ist. So lernten sie im Laufe der Jahre die Sozialgeschichte von einer ganz anderen Ebene her kennen.

Vielleicht beginnen sie dann Fragen zu stellen und Zweifel gegenüber den Geschichtsbüchern zu formulieren - Lehrern und Eltern gegenüber. Laßt uns selbst damit beginnen, immer wieder neu!“

Armin Stolle

Den Redebeitrag von Mieke Roscher und Iska Niemeyer (Uni Bremen) findet ihr auf der nächsten Seite.

„Wer schweigt stimmt zu!“

„(...) Aus unserer Position heraus versuchten wir, antirassistische Inhalte in den Streik hier an der Uni in Bremen und dann auch in die bundesweite Streikbewegung einzubringen. Dies beinhaltete die Forderung nach der Abschaffung der Ausländergesetze, die Ausdruck von staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus sind, sowie das energische Angehen gegen die alltäglichen Diskriminierungen, denen Menschen mit anderem Paß oder anderer Hautfarbe in diesem Land ausgesetzt sind. (...) Viele StudentInnen versäumten es, antirassistische Forderungen in ihre allgemeinen Forderungskataloge aufzunehmen. Dies ist keine pure Unterlassung, sondern stellt zusammen mit der „Ich zuerst“-Mentalität eine neue Form der Diskriminierung dar. (...)

Mit Sozialverträglichkeit ist also mitnichten soziale Gerechtigkeit gemeint. Und soziale Gerechtigkeit wird es unter dieser Regierung und unter diesem System nicht geben. Solange nicht für mehr eingetreten und gekämpft wird, solange wird sich nichts verändern, was sich nicht zum Nachteil anderer auswirkt. Eine Bewegung, die wirklich etwas verändern will, findet nicht den Zuspruch der Herrschenden. (...)

Viel schwerwiegender als die Tatsache, daß weite Teile der StudentInnenschaft gesamtgesellschaftliche Mißstände bewußt ignorieren, sind die Versuche zu verhindern, diese Mißstände auch thematisieren zu dürfen; das Verbot des allgemeinpolitischen Mandats für die verfaßte Studierendenschaft, d. h. den AStA und dessen Arbeitskreise. Dieses ist mehr als Zensur, es ist der Versuch, linke studentische Politik mundtot zu machen und zu kriminalisieren.

Seit 1994 dem AStA der Universität Münster das allgemeinpolitische Mandat entzogen wurde, ist damit sogleich eine Klagewelle ausgelöst worden, die auch jedesmal mit einem Erfolg der Kläger endete. (...)



Mieke Roscher und Iska Niemeyer auf dem Waller Friedhof

Die Kläger rekrutierten sich aus dem rechtskonservativen, rechtsextremen und neofaschistischem Lager, dem RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten), den Republikanern, Burschenschaften und „Einzeltätern“. Geklagt wurde gegen Publikationen der Asten oder Solidaritäts- und Unterstützungserklärungen, die von ihnen unterzeichnet worden sind. Es ging um Themen wie: „Das Pogrom von 1938/39“, ZeitzeugInnengespräche mit ehemaligen KZ-Insassen, „Sozialabbau - ökonomische und soziale Hintergründe“, „40 Jahre KPD-Verbot“, - um einige zu nennen. (...)

Sich nicht zu den Umständen zu äußern und das gesellschaftlich Akzeptierte und Diktierte nicht zu hinterfragen, heißt eben nicht, sich demgegenüber neutral zu verhalten; es bedeutet ein Sich-Einrichten in den bestehenden Verhältnissen. Und wer dies tut, verhält sich eben nicht neutral, sondern bezieht durch Kritiklosigkeit genauso Position, wie er, der gesellschaftliche Zusammenhänge aufdeckt und sich kritisch zu ihnen verhält. Unrecht zu benennen, ist eine allgemeinpolitische Aussage. Unrecht zu verschweigen auch. Deshalb werden wir auch weiterhin unseren Mund aufmachen. Denn das ist unsere Pflicht.“

Mieke Roscher, Iska Niemeyer (AK Antirassismus im AStA der Universität Bremen)

Gröpelinger Bündnis wiederbelebt

GröpelingerInnen und Gröpelinger aus Bündnis 90/Grünen, DKP, PDS, SPD, VVN/BdA, Zeitschrift Merhaba, Zeitschrift Stimme, Zentral-Institut Islam-Archiv trafen sich auf Einladung von Barbara Wulff (MdBB-SPD) am 5. Februar im Nachbarschaftshaus am Ohlenhof, um zu beraten, ob angesichts der zu erwartenden Wahlkampfparolen neofaschistischer Parteien das "Gröpelinger Bündnis" wieder entstehen soll. Im Mittelpunkt des Treffens standen das Selbstverständnis der Beteiligten, die Frage, ob der Name des Bündnisses nicht positiv formuliert werden sollte und erste Überlegungen zu Aktionen des "Gröpelinger Bündnisses" gegen die Ausgrenzung und Abschiebung von Randgruppen und Minderheiten ausländischer Herkunft, Obdachlosen, Behinderten von der Teilhabe an Aufenthalt, Arbeit und Kultur. Die Anwesenden waren sich einig, daß die Gefahren heute stärker denn je aus der Mitte der Gesellschaft drohen. Gegen die Ängste in der Bevölkerung solle das Bündnis Impulse für ein bewußtes Miteinander-Leben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausstrahlen. Die Anwesenden planen eine Fortsetzung ihrer Gespräche am 10. März um 20:00 Uhr im Ohlenhof, eine Einbeziehung aller demokratischen Organisationen im Stadtteil, ein Treffen in der neuerrichteten Fatih-Moschee Ende April und ein Stadtteilfest Ende Juni.

Raimund

Eigenwerbung

Auch diese Ausgabe des Bremer Antifaschisten geht im Rahmen einer Werbeaktion an einen größeren Kreis Interessierter. Unsere Zeitung informiert monatlich über viele aktuelle und geschichtliche Themen auch und gerade in Bremen und Umzu. Die Gegenwehr durch Zusammenarbeit aller Antifaschistinnen und Antifaschisten zu stärken ist dabei unser besonderes Anliegen.

Wenn Sie unsere Zeitung bislang noch nicht regelmäßig beziehen, dies aber jetzt wollen, füllen Sie bitte den Abschnitt im Inneren des Heftes aus und schicken ihn an die angegebene Adresse. Wenn sie uns finanziell unterstützen wollen, würden wir uns über eine Spende freuen.

Die Redaktion

Rechtsextremismus in der Bundeswehr?

Unter diesem Thema führten verschiedene demokratische Friedensorganisationen am 20.1.98 im DGB-Haus eine sehr gut besuchte Diskussions-Versammlung durch.

Vortragende waren die Bundestagsabgeordnete Angelika Beer, Bündnis 90/Grüne, Volker Kröning, SPD (beide sind Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages), und Andreas Timmermann-Levanas, Jugendoffizier der Bundeswehr. Moderiert wurde die Versammlung von Ulrike Schuler von den Bremer Nachrichten.

Nach einer jeweiligen kurzen Einführung der Vortragenden entwickelte sich eine aktive Diskussion, die m.E. verständlicherweise keine Klärung brachte, aber deutlich ließ, daß die Befürchtungen einer Rechtsentwicklung in der Bundeswehr begründet sind und alle demokratischen Kräfte weiterhin zur Wachsamkeit und zum Handeln gefordert sind.

Frau Beer und Herr Kröning wollen sich im Verteidigungsausschuß ernsthaft bemühen und den Minister Rühe auffordern, seinen demokratischen Auftrag ernsthaft auszuführen. Die Mehrheit der Diskussionsredner äußerte sich kritisch zur Bundeswehr, aber ein Herr "X", der sich lobend über die Bundeswehr ausließ, hat mich spontan zu einer Aufklärung über seine Person veranlaßt. Dieser Herr war es nämlich, der im Kulturzentrum "Westend" einen von der VVN-BdA im April 97 gezeigten Film über den Hitler-General Speidel verbieten wollte. Er handele im Auftrag des Speidel-Sohnes und würde gerichtliche Schritte gegen uns einleiten, wenn wir den Film zeigen.

Wir haben den Film gezeigt, wird darin doch dokumentiert, welche Rolle der General als Befehlshaber des besetzten Paris im faschistischen Weltkrieg gespielt hat. Wie bekannt, wurden zu dieser Zeit Tausende Menschen vernichtet.

Wenn nun ein Herr "X", der die Generalität Speidel aktiv verteidigt, sich nunmehr wohlwollend über die Bundeswehr ausläßt, sind die Befürchtungen über eine Rechtsentwicklung nicht unbegründet.

Friedel

Sie sammeln sich wieder

Am 28.02. will sich auch in Bremen der Bund für Gesamtdeutschland (BGD)" konstituieren. Nicht zum ersten Mal trifft sich das braune Gesocks in der Hopfenkammer einer Gaststätte in der Vahrer Straße. Derzeit schmückt sich der Wilhelmshavener Johannes Raddatz mit dem hochtrabenden Titel „komm. Landesvorsitzender Bremen". Raddatz ist Aktivist bei der NPD wie auch der DVU, nebenbei bekleidet er das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen in Niedersachsen. Der BGD ist nur eine von vielen innerhalb der Sammlungsbewegung „Bündnis für Deutschland".

Bisher hat BGD wenig Berührungsängste gegenüber offensichtlichen Neonazis gezeigt (Blick nach rechts - 30. April '97). Ausländerfeindlichkeit ist selbstverständlich in der Ideologie mit inbegriffen, so gibt es nur Verpflegung und kein Geld für „Asylanten". Untergebracht, oder besser gesagt, eingepfercht werden sollen sie in alten Kasernen und ein Recht auf Klage wird ihnen sowieso verwehrt.

Wer weiß mehr über die Veranstaltung und Personen, die daran teilnehmen?

Gerold (AG Neofaschismus)

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur „VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die ***„Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"*** und für den ***„Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"*** wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- ☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden/Antimilitarismus
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name ____________

Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geb.-Datum ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 28, 28217 Bremen

Krieg gegen Irak

Die US-Regierung bereitet wieder einen Angriff auf den Irak vor. Erledigt wird das wie schon einmal aus der Luft, kein US-Soldat soll dabei sterben, wohl aber viele Iraker.

Den Diktator Saddam wird wiederum keine Rakete treffen und auch nicht seine Elitetruppen. Bluten aber müssen irakische Menschen. Denn die Ziele der bewährten "chirurgischen Schläge", noch vom letzten Golfkrieg aus dem Fernsehen bekannt, sollen die Produktionsstätten von B- und C-Waffen sein. Und die werden in Wohnvierteln vermutet.

Wieviele Kinder müssen diesmal sterben? Golfkrieg und Embargo, Mangel an Medikamenten und Nahrungsmitteln führten bereits zum Tod von mehr als einer halben Million Kindern. Die Opfer sind Saddam ganz nützlich. Sie machen die US-Amerikaner noch verhaßter, festigen Saddams Stellung und die Solidarität mit arabischen Staaten.

Zyniker können feststellen: der Weltpolizist killt zum Wohle Saddams und macht außerdem Waffeninspektionen unmöglich. Also haben Friedensbewegte Grund, sowohl gegen Saddams als auch Clintons Politik zu protestieren.

Ernst

Hetendorf endlich geschloßen

Niedersachsens Innenminister Glogowski hat eine Bastion der neofaschistischen Szene in Deutschland zerschlagen, das Tagungs- und Schulungszentrum Hetendorf bei Celle. Die beiden Trägervereine des Zentrums wurden verboten. Das Verbot ist aber noch nicht rechtskräftig. Beide Organisationen verfolgten das Ziel, die Verfassung zu beseitigen. Es gehe stets um Rassenideologie und die Leugnung der Judenvernichtung in der Nazi-Zeit.

Ein Nazi schult in Bremen Soldaten

„Nazis in der Bundeswehr" - ein Thema, das bald ein Würgen im Hals hervorruft, so oft hören wir dies in den letzten Wochen. Ein Thema, das allerdings nicht neu ist, auch nicht für Bremen.

Die *Frankfurter Rundschau (FR)* schreibt in ihrer Ausgabe vom 20.01.1998, daß Vorermittlungen gegen einen gewissen Reinhard W. von Seiten der zuständigen Wehrbereichsverwaltung II (WBV) in Hannover laufen. In der *FR* vom 18.05.1994 bleibt der „Bundeswehrpauker" nicht so anonym, sie schreiben den Namen voll aus:
Reinhard Willnow aus Bremen-Obervieland.

Schon 1994 hatte die *tageszeitung (taz)* enthüllt, daß an der Bundeswehr-Fachschule seit Jahren der Republikaner-Funktionär Reinhard Willnow unterrichtet.

Er war zeitweilig Pressesprecher bzw. Schriftführer seines Landesverbandes. Dennoch erklärte die Bundeswehr zunächst, daß die bloße Aktivität für eine zugelassene Partei noch kein Grund für irgendwelche Disziplinarmaßnahmen sei. Die Verweigerung einer Maßregelung hatte die WBV 1994 noch mit der fehlenden politische Indoktrination im Unterricht begründet. Kürzlich sind doch Vorermittlungen eingeleitet worden, dies begründete eine WBV-Sprecherin damit, daß die Bundeswehr nach den „jüngsten" Vorwürfen wegen „angeblich rechter Tendenzen" jetzt verschärft gegen Rechtsextremisten vorgehen will.

Was die Unterrichtsfächer des Reinhard W. zur Zeit sind, wollten weder die Schulleitung noch die WBV mitteilen. 1994 lehrte er sinnigerweise die Fächer Deutsch, Geschichte und Politische Bildung.

Selbstverständlich behandelte er auch die Zeit des NS-Regimes. Seine Schüler bekamen unter anderem die Aufgabe, diejenigen Punkte aus dem Programm der Hitler-Partei NSDAP aufzulisten, „die 'sozialen' und 'nationalen' Inhalt haben."

Zwar bestritt Willnow die Betonung auf die 'sozialen' und 'nationalen' Komponenten, doch das der *FR* vorliegende Arbeitsblatt vom 21. September 1993 belegt die Aufgabenstellung.

Nach Informationen der *taz* soll Willnow bereits 1978 im Unterricht auch das Ausmaß der Judenvernichtung geleugnet haben, was er allerdings als „dummes Zeug" zurückwies. Ein ehemaliger Lehrgangsteilnehmer blieb gegenüber dem *taz*-Redakteur jedoch bei dieser Darstellung. Auch die Mitwirkung in einem parlamentarischen Arbeitskreis von Bremer NPD- und DVU-Funktionären mit dem Ziel, nationalsozialistisches Gedankengut in die Bundeswehr zu tragen, bestritt er genauso vehement wie das Schreiben von Leserbriefen unter falschem Namen. Ein ehemaliges NPD-Kreisvorstandsmitglied widerspricht Willnows Dementi jedoch. Auf Nachfrage der *Frankfurter Rundschau* räumte er damals nur ein, in einer Initiative gegen Ausländer-Integration mitgewirkt zu haben. Am Montag, dem 19.01., lehnte er jede Stellungnahme zu der Neuauflage der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ab.

Willnow war zeitweise Bremer Kreisvorsitzender des Reservistenverbandes der Bundeswehr.

Gerold (AG Neofaschismus)

Gegen das Kölner Skandalurteil

Wir sind empört über das Urteil des Oberlandesgerichtes Köln vom 08.01., in dem eine Gruppe von mehrfachbehinderten Menschen untersagt wird, sich zu bestimmten Tageszeiten in ihrem Garten aufzuhalten. Das Gericht bezeichnet die Lebensäußerungen dieser Menschen als lästig und unharmonisch und bewertet sie als „Überschreiten der Zumutbarkeitsgrenze".
Das Urteil spiegelt deutlich eine gesellschaftliche Entwicklung wider, die Menschen mit Behinderung zunehmend ausgrenzt, und legitimiert diese Entwicklung sogar noch. Indem behinderten Menschen das Recht auf Lebensäußerungen eingeschränkt wird, wird der Boden dafür bereitet, ihnen in letzter Konsequenz das Lebensrecht abzusprechen.
Der Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" reicht offensichtlich nicht aus, um Diskriminierung im Alltag zu verhindern. Aus diesem Grunde fordern wir den Deutschen Bundestag auf, ein Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen. Wir fordern Bremer Senat und Bürgerschaft auf, Initiative für ein solches Gesetz zu ergreifen.

Erneuter Appell

Nachdem ein ereignis- und arbeitsreiches Jahr auch für unsere Vereinigung vorübergegangen ist, und wir auf positive öffentliche Veranstaltungen zurückblicken können, bringt dieses Jahr sicherlich noch mehr Verpflichtungen.

Unsere erforderlichen Aufgaben konnten und können wir dank aktiver Kameradinnen und Kameraden und unserer relativ guten Beitragsmoral, aber vor allem vieler freundlicher Spenderinnen und Spender durchführen.

Das Wahljahr 1998 und die laufende Preissteigerungen werden unsere finanzielle Situation sicherlich noch mehr strapazieren! Obwohl wir privat auch davon betroffen werden, bitte ich Euch einmal zu prüfen, ob es nicht in Zukunft möglich ist, bei den unteren Beiträgen eine nächst höhere Stufe zu wählen. Ich darf Euch versichern, daß der Vorstand mit unseren Finanzen überlegt umgeht.

Friedel

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).
Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: Jwahls@csi.com
Garry@t-online.de

Montag: 16:00-19:00 Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags mitgliederöffentlich

von 18:00 - 20:30 Uhr und der

Landesvorstand jeden 4. Montag im

Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im März 1998

Hartmut	Drewes	11.03., 59 J.
Tilla	Hundertmark	22.03., 83 J.
Heinz	Federmann	26.03., 66 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand